

# Informationen zu den Protesten gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe

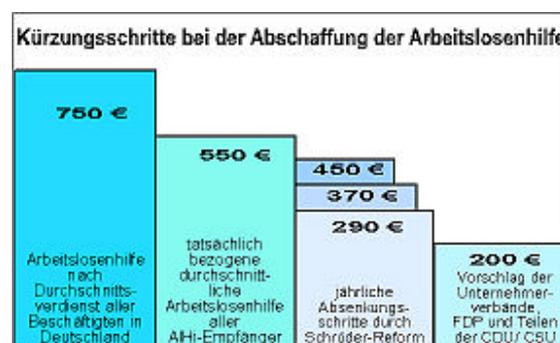


Die in der **Regierungserklärung** vom 14. März 2003 verkündete Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau und die von den **Unternehmensverbänden** (BDI/BDA), der **FDP** und Teilen von **CDU/CSU** diskutierte drastische Senkung der Sozialhilfe führen zur weiteren Verarmung der Arbeitslosen und zur Beeinträchtigung von Kaufkraft und Beschäftigung im Land.

Die **Arbeitslosenhilfe** einer Durchschnittsverdienerin / eines Durchschnittsverdieners betrug 2002 (theoretisch) rund 750 € im Monat – de facto (da vor allem die niedrigen Lohngruppen von Arbeitslosigkeit betroffen sind) lag sie im statistischen Durchschnitt bei rund **550 €**.

Durch eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe letztlich auf Sozialhilfeniveau von rund **300 €** würden die Einkommen der Langzeitarbeitslosen um 50 % gemindert. Der Charakter der Arbeitslosenversicherung wird entwertet. Seitens der Unternehmensverbände (BDI/BDA), der FDP und Teilen der CDU/CSU wird eine weitere

Absenkung auf bis zu 200 € befürwortet. Eine würdige Existenz kann damit in Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde, nicht mehr bestritten werden. Die Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und den Abbau von Subventionen für die Besserverdienenden lehnen Unternehmensverbände, FDP und große Teile von CDU/CSU vehement ab.



Nach dem **Auslaufen des Arbeitslosengeldes** soll (Plänen der Bundesregierung zu Folge) - unter der Bezeichnung „Arbeitslosengeld II“ - de facto nur noch **Sozialhilfe** gezahlt werden. Im ersten Jahr sollen es für **eine Person** höchstens **ca. 450 €**, im zweiten Jahr dann rund **370 €** sein.

Nach drei Jahren sind es nur noch ca. **290 €** (das entspricht

dem Sozialhilferegelsatz). Hohe finanzielle Lasten werden auch weiterhin auf die Kommunen zukommen.

Glaubt man den Verlautbarungen führender Vertreter der Parteien der Besserverdienenden und den Unternehmensverbänden, so liegen Ihnen das Wohl von Millionen von Erwerbslosen und Arbeitssuchenden sowie die Zukunft unseres Landes am Herzen.

Die Gewerkschaften sind in Ost- wie in Westdeutschland die größten authentischen Erwerbslosenverbände.



„Ich habe beschlossen Sie *beide* zu entlassen. Da ist es für jeden nur halb so schlimm.“

Quelle: Amman, Michael, *Wir im Büro*, Ueberreuter, Wien 1992.

Mit Sicherheit sind bei Ihnen mehr Erwerbslose organisiert als in den politischen Parteien. Die mündigen Erwerbslosen können am besten für sich selber sprechen, erst recht wenn es darum geht, was es heißt die Arbeitslosenhilfe zusammengestrichen zu bekommen und ohne realistische Aussichten auf einen

Job noch tiefer in die Armut getrieben zu werden.



„Stoppen sie die Inserate Fräulein Swoboda. Wir haben jetzt genug Angestellte!“

Quelle: Amman, Michael, *Wir im Büro*, Ueberreuter, Wien 1992.

Die Erwerbslosen von *ver.di* fordern existenzsichernde Arbeit für die, die welche haben bzw. bekommen können, und eine würdige Existenz auch für die, die keine Arbeit (mehr) kriegen. Wir fordern die Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe als Sozialversicherungsleistung. Wir fordern die Vermögenden diese Landes und die „global player“ auf, zum Gemeinwohl tatsächlich weit mehr als bislang beizutragen. Wir rufen die politischen Parteien und die Medien auf, für humane Lebensbedingungen einzutreten. Wir fordern die Parlamente und Regierungen auf, die menschenwürdige Existenz auch derjenigen zu sichern, denen sie keine Arbeit verschaffen können. Es ist an der Zeit, dass die Erwerbslosen ihre Stimme öffentlich erheben.